Ausgabe für Groß-Berlin
Morgenblatt

10 Goldpfennig = 100 Milliarden Papiermark.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Sonnabend, 17. Mai 1924

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher Amt Nollendorf 4783—88, 5980—88. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Wochenpreis (Sonntag bis Sonnabend) 1.— Goldmark.

Bank-Conto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstraße 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,40 Goldmark je 33 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

17. 5. m Nr. 231 100 Milliarden
63. Jahrgang.

PAUL LIEBNER METALL SCHRAUBEN-FABRIK LUCKENWALDE

Schiedsspruch im Ruhrbergbau.

Nach dreitägigen Verhandlungen ist über die Arbeitsstreitigkeiten im Ruhrbergbau am 16. Mai abends ein Schiedsspruch gefällt worden, dessen wesentlicher Inhalt folgender ist:

1. Der Tarifvertrag für das rheinisch-westfälische Steinkohlenrevier vom 1. August 1922 (Rahmentarif) ist in seinem wesentlichen Bestandteil bis zum 30. Juni 1925 verlängert worden. Besonders zu vermerken ist hier lediglich, daß die von den Bergleuten zu beziehende Deputatkohle unverändert geblieben und der Preis auf 40 Goldpfennig pro Zentner festgesetzt worden ist.

Er ist mit zweimonatiger Kündigungsfrist kündbar und läuft, falls Kündigung nicht erfolgt, drei Monate weiter.

2. Die Arbeitszeit ist in der Weise geregelt, daß die Bestimmungen des Rahmentarifes aufrecht erhalten worden sind, dabei aber eine besondere Regelung der Mehrarbeit stattgefunden hat. Die Mehrarbeit beträgt für die Arbeiter unter Tage und für die Arbeiter über Tage, die unmittelbar mit der Förderung zu tun haben, 1 Stunde. Für die Arbeiter in durchgehenden Tagesbetrieben beträgt die Mehrarbeit bis zu zwei Stunden. Hiervon sind allerdings diejenigen Arbeiter ausgenommen, die in besonders schwierigen Verhältnissen arbeiten. Die Mehrarbeit wird entsprechend der geleisteten Stundenzahl vergütet, aber ohne besonderen Aufschlag.

Diese Regelung entspricht im allgemeinen dem Zustande, wie er seit Monaten, früherer Vereinbarung entsprechend, bestanden hat. Die Regelung der Mehrarbeit gilt bis zum 31. März 1925 und kann zu diesem Zeitpunkt erstmalig mit zweimonatiger Frist gekündigt werden.

3. Die Unparteiischen haben ferner zur Beendigung der Arbeitsstreitigkeiten vorgeschlagen, daß sämtliche Arbeitnehmer sobald und soweit es die Betriebsmöglichkeiten gestatten, wieder eingestellt und lediglich solche Arbeitnehmer ausgeschlossen werden dürfen, die sich schwerer Verfehlungen schuldig gemacht haben. Im übrigen dürfen Maßregelungen nicht stattfinden. Die ausgefallenen Maischichten sollen im Hinblick auf die tariflichen Bestimmungen nicht als Unterbrechung des Arbeitverhältnisses gelten.

Die Löhne sind bekanntlich durch Schiedsspruch, der von den Arbeitnehmern angenommen wurde, kürzlich um 15 % erhöht worden.

Nachdem der Vorsitzende, Vizepräsident Dr. Hausmann, die Verhandlungen geschlossen hatte, lud der Reichsarbeitsminister die Mitglieder des Schiedsgerichts und die Parteien nochmals zu sich und dankte für die in den dreitägigen Verhandlungen geleistete aufopferungsvolle Arbeit. Er wies auf die ungewöhnliche Bedeutung der vorliegenden Arbeitsstreitigkeiten hin und auf die furchtbare Verantwortung, die die Parteien nunmehr bei ihrer Entscheidung über den Schiedsspruch zu tragen hätten, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Arbeitsfriede im Ruhrgebiet möglichst bald hergestellt werde.

*

Den Schlußausführungen des Reichsarbeitsministers können wir uns nur vollinhaltlich anschließen, und wir hoffen, daß beide Parteien unter Verzicht auf kleine Sonderinteressen sich zu einer Entscheidung durchringen, die sie vor dem gesamten deutschen Volke verantworten können. Ein Hinausschieben des Friedensschlusses darf durch einen etwas schwerfälligen „demokratischen" Abstimmungsapparat auf keinen Fall erfolgen, da jede verlorene Stunde der Arbeit nach diesem unseligen Kampfe zu Lasten der Partei fällt, die leichtsinnig die Entscheidung verzögert. Eine Annahme des Spruches ist jedoch schon deshalb zu erwarten, da nicht anzunehmen ist, daß das Schlichtungsverfahren, in dem beide Parteien mit ihren besten Köpfen vertreten waren, ohne Zustimmung durch die Arbeiter- und Unternehmervertreter beendet worden ist. Lehnt eine Partei den Schiedsspruch doch ab, so bleibt es immer noch dem Reichsarbeitsminister vorbehalten, eine Allgemeinverbindlichkeitserklärung auszusprechen. Die eingehende Beurteilung des Schiedsspruches ist nach der vorliegenden Meldung noch nicht möglich. Wir können aber der Genugtuung Ausdruck geben, daß das Schiedsgericht die Notwendigkeit der Mehrarbeit, die eine achtstündige Untertagearbeit ermöglicht, anerkannt hat. Wir nehmen nicht an, daß die Arbeitgeber sich an dem prinzipiellen Festhalten der Siebenstundenschicht stoßen werden. In der Lohnfrage scheint nach dem obenstehenden Wortlaut der Arbeiterschaft so weit entgegengekommen worden zu sein, daß die fünfzehnprozentige Erhöhung mit Wirkung ab 15. April gilt.

In dem Schiedsverfahren sind die Streitpunkte geklärt, die zwischen den Gewerkschaften und den Zechenverbänden bestanden. Nach Annahme des Spruches durch die beiden Parteien wird es nun Sache der verantwortlichen Arbeiterführer sein, dem Beschlusse bei den Massen Geltung zu verschaffen. Diese Aufgabe wird sicher nicht leicht sein, wenn auch die Mehrzahl der Arbeiter, des Kampfes müde und ihrer Pflichten gegen die gesamte Wirtschaft bewußt, die Wiederaufnahme der Arbeit und damit neuen Verdiensten schon längst ersehnt hat. Denn der Kampf hat leider zu einem großen Teil den Charakter einer gewerkschaftlichen Aktion verloren und ist zu einer Machtprobe der in der Union vereinigten kommunistischen und syndikalistischen Elemente geworden, die nach der Erklärung der Bochumer Betriebsrätekonferenz in ihm den „Entscheidungskampf" zwischen Grubenkapital und Bergproletariat erblicken. Aber auch diese schweren Hindernisse, die dem sozialen Frieden im Ruhrgebiet noch entgegenstehen, wird nach unserer Ueberzeugung der ruhige und nüchterne Wille des Bergarbeiters überwinden.

Nach dem Schiedsspruch ist eine Fortdauer der vermehrten Produktion auf ein Jahr gesichert. In dieser Zeit müssen die führenden Persönlichkeiten beider Parteien in verständnisvoller Zusammenarbeit dahin wirken, daß die zahlreichen unter der Oberfläche gärenden Konfliktstoffe endgültig beseitigt werden. Das Unternehmertum des Bergbaus, das kraft seiner sozialen und wirtschaftlichen Machtstellung eine besonders hohe Verantwortung trägt, wird gewiß bereit sein, durch Unterlassung von unnötigen Maßregelungen und durch Wiedereinstellung aller Kräfte, die am Wiederaufbau der Wirtschaft mitarbeiten wollen, eine Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens wieder zu schaffen. **Dr. W. P.**

Londoner Markkurs:
1 Pfund: 18¾ Billionen Mark.

Das Urteil gegen die Separatisten.

Zuchthaus und Ehrverlust.

m. **Stuttgart**, 16. 5. (Eigenbericht.)

Im Prozeß gegen die pfälzischen Separatisten verkündete der Vorsitzende nach etwa 1½stündiger Beratung des Gerichts folgendes Urteil: Es werden verurteilt der Angeklagte Fett zu 4 Jahren Zuchthaus und 4 Jahren Ehrverlust, Giesler zu 5 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust, Wild zu 4 Jahren Zuchthaus und 4 Jahren Ehrverlust, Gilcher zu 6 Jahren Zuchthaus und 6 Jahren Ehrverlust, Neß zu 3 Jahren Zuchthaus, Walz zu 4 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust, Steinbrecher zu 5 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust, sämtlich wegen Beihilfe zum Hochverrat. Der Angeklagte Wagner, der eine Strafe wegen Nötigung noch nicht verbüßt hatte, wurde wegen Beihilfe zum Hochverrat zu 5½ Jahren Zuchthaus zuzüglich einer Woche Zuchthaus verurteilt. Ferner wurden sämtliche Angeklagte gemäß § 9 des Gesetzes zum Schutze der Republik zu je 500 Goldmark, im Nichtbeibringungsfalle zu je einem weiteren Monat Zuchthaus verurteilt. Diese Strafe gilt durch die Untersuchungshaft als verbüßt. Die Kosten des Verfahrens fallen den Angeklagten zur Last.

Dem Urteil schickte der Vorsitzende folgende Begründung voraus: Der Staatsgerichtshof sieht folgendes als erwiesen an: Ende Oktober und Anfang November vorigen Jahres setzte in der Pfalz eine separatistische Bewegung ein und nahm dort eine höchst bedenkliche Form an, weil in intensivster Weise sich der Erbfeind in die Sache hineinmischte und die Bewegung unterstützte. Durch Waffengewalt, indem er teilweise die Waffen lieferte, teilweise die Pfälzer, die sich in der Abwehr befanden, zu Paaren trieb; durch Geld, indem er Lebensmittel lieferte und Freifahrtscheine auf der Regiebahn zur Verfügung stellte. Die Führer der Bewegung stehen leider nicht vor den Schranken des Gerichtshofes. Bei den Angeklagten hatte man es mit solchen zu tun, die den Führern Beihilfe geleistet haben. Diese Tatsache ist bei sämtlichen Angeklagten erwiesen. Bei einigen Angeklagten wurde festgestellt, daß sie als Polizisten und Spione tätig waren, bei den anderen, daß sie eine große Werbetätigkeit entfalteten, und bei den anderen, daß sie sich an der Besetzung pfälzischer Städte in ihren Militärorganisationen beteiligten und es vor ihren Augen geschehen ließen, daß drei deutsche Bürger mißhandelt wurden. Der Staatsgerichtshof sieht im wesentlichen alle die vom Reichsanwalt vorgebrachten belastenden Momente als erwiesen an.

(Fortsetzung auf Seite 2.)

Botzenhardt verhaftet.

Bei einem Mitglied der russischen Handelsvertretung.

Der Kommunist Botzenhardt, der am 3. Mai auf dem Transport von Stuttgart nach Stargard in Pommern in der Lindenstraße seinen Begleitern, zwei württembergischen Polizisten, entwich und Zuflucht in dem Gebäude der russischen Handelsdelegation fand, wurde Freitag mittag von Beamten der politischen Polizei in einem Hause der Gleditschstraße, wo er bei einem Mitgliede dieser russischen Handelsdelegation Unterschlupf gefunden hatte, ermittelt und verhaftet.

Bei der Berliner politischen Polizei lief Freitag früh die Nachricht ein, daß der gesuchte Kommunist, dessen Entweichen so bedauerliche Folgen gehabt hat, bei einem Mitgliede der russischen Handelsdelegation ermittelt sei. Eine Anzahl Beamter begab sich nach dem Hause, das unauffällig umstellt wurde, so daß ein Entkommen irgendeines im Hause Befindlichen ausgeschlossen war. Mehrere Beamte drangen in die Wohnung ein und überraschten dort Botzenhardt. Ehe er an eine Gegenwehr denken konnte, waren ihm Fesseln angelegt. Er wurde in sicherem Geleit zum Polizeipräsidium geschafft und wird dort sicher verwahrt.

Der Polizei ist mit der Festnahme Botzenhardts nicht nur ein guter Fang gelungen, sondern sie ist auch imstande, jetzt interessante Feststellungen zu machen, welche die Darstellungen der Sowjetvertretung über die Vorgänge in der Handelsvertretung mindestens in ein eigenartiges Licht rücken. Die Sowjetvertretung hat sich nämlich bei der Darstellung der angeblichen Uebergriffe der Polizeibeamten in der Lindenstraße erst in zweiter Reihe auf die russischen Angestellten und Direktoren, in erster Reihe aber auf das Zeugnis der deutschen Angestellten berufen, und hier war es gerade Lehmann, der der Polizei die schwersten Vorwürfe machte, und u. a. auch behauptet hat, daß die Beamten der Abteilung I A vor allen Dingen nach dem Chiffreschlüssel gesucht hätten. Lehmann, der Mitglied der K. P. D. ist, hat auch der Kommunistischen Parteileitung über die Vorfälle eine Darstellung gegeben, die als Unterlage für die Anfrage im Preußischen Landtag benutzt worden ist. Wie weiter feststeht, ist er derjenige gewesen, der Botzenhardt auf seiner Flucht in Berlin von Anfang an behilflich gewesen ist. Er brachte nämlich den verfolgten Botzenhardt an einen hinteren Ausgang der Viktoria, öffnete ihm dort die Tür und schickte den Flüchtling in seine Schöneberger Wohnung, wo Botzenhardt bis jetzt sich aufhalten konnte.

Ruhepause in der Reparationspolitik.

Der Briefwechsel Poincaré—Mac Donald.

London, 16. 5. (W. T. B.)

Nach einer Reutermeldung wird wegen der Unsicherheit der parlamentarischen Lage in Frankreich nicht erwartet, daß Mac Donald irgendeine weitergehende Mitteilung auf den heute in seine Hände gelangten Brief Poincarés senden wird, als eine freundschaftliche Empfangsbestätigung. Inzwischen ist der allgemeine Eindruck, daß eine Ruhepause in der Reparationsfrage unvermeidlich ist. Endgültige Besprechungen der Alliierten können nicht gut abgehalten werden, bevor eine neue französische Regierung gebildet ist.

Im großen und ganzen erscheint es wahrscheinlich, daß eine interalliierte Konferenz abgehalten werden muß, bevor ein wirklich entscheidender Schritt getan werden kann, aber es ist zu bezweifeln, daß ein solcher Schritt vor Ende Mai oder Mitte Juni abgehalten werden kann.

Uebrigens hat sich der Brief Poincarés mit einem Schreiben gekreuzt, das Ramsay Mac Donald vorgestern an Poincaré absandte, und in dem auch dieser seinem Bedauern darüber Ausdruck gibt, daß infolge der eingetretenen Verhältnisse die geplante Zusammenkunft von Chequers nicht stattfinden könne.

*

Paris, 16. 5. (Eigenbericht.)

Auf seiten der neuen Regierungsparteien ist noch alles unklar. Millerand und Poincaré haben heute den Regenten von Aetiopien nach den für fremde Herrscher bestehenden Zeremonien empfangen. Die neuen Männer halten sich noch sehr zurück. Herriot reist in Südfrankreich, Blum ist ebenfalls abgereist und Briand ist nicht in der Kammer erschienen. Die Mehrzahl der sozialistischen Delegierten scheint geneigt, die Regierung an der Seite der Radikalen zu übernehmen. Die Entscheidung steht aber nicht ihnen zu, sondern der Parteikonferenz, und die ist in ihrer überwiegenden Mehrheit aus Besorgnis vor der kommunistischen Kritik sichtlich gegen den Eintritt in das Ministerium. Die Unterstützung durch die 102 sozialistischen Stimmen werde den Radikalen aber um so sicherer in Aussicht gestellt. „Populaire" betont die auffallende Stärke des sozialistischen Sieges und erklärt, die Sozialisten würden stets Sozialisten bleiben.

Paul Boncourt hat dem katholischen Blatt „Gaulois" ein Interview gewährt und hat sehr für die sozialistische Teilnahme an der Regierung gesprochen. Als Programmpunkte bezeichnet der bekannte Führer der Sozialisten: Erleichterung der Steuerlasten für die Arbeiter, neunmonatiger Militärdienst, Anleihe für Deutschland, damit es vernünftige Reparationen zahlen könne, Sicherung für Frankreich durch Neutralisierung des linken Rheinufers und die Völkerbundskontrolle und eine internationale Streitmacht, Zusammenarbeit der Staatsbehörden mit den Arbeitersyndikaten. Der „Paris soir" ist noch weiter gegangen. Er verlangt Genugtuung für die politischen Opfer der Politik Clemenceaus, also besonders die Wiederanstellung der 25 000 entlassenen Eisenbahner und dann eine weitgehende, aber nur in ganz allgemeinen Zügen gezeichnete Friedenspolitik.

Außerordentlicher Kabinettsrat.

Paris, 16. 5. (W. T. B.) **Die Minister sind heute nachmittag zu einem außerordentlichen Kabinettsrat zusammengetreten. Nach Beendigung ist folgendes Kommuniqué ausgegeben worden: Der Finanzminister hat seine Kollegen über das Ergebnis der Maßregeln in Kenntnis gesetzt, die er ergriffen hat, um ein weiteres Sinken des Franken zu verhindern. Der Kabinettsrat hat beschlossen, daß der Finanzminister seine wirkungsvolle Politik fortsetzen soll.**

Keine Nationalisierung der Bergwerke in England.

a. **London**, 16. 5. (Eigenbericht.)

Das Unterhaus hatte heute eine interessante Debatte über die Nationalisierung des englischen Bergbaues, die durch einen von der Arbeiterpartei ausgehenden Antrag veranlaßt wurde. Lloyd George schritt mit einer sehr lebhaften Rede in die Debatte ein und bekämpfte den Antrag auf das schärfste als das erste Beispiel der neuen sozialistischen Ordnung, die die Regierung einführen wolle, sobald sie die Mehrheit habe. Die Nationalisierung des Bergbaus würde darin bestehen, daß, wenn die Gruben mit Profit arbeiteten, dieser Profit zu den Angehörigen der Industrie zurückgehen, während etwaige entstehende Verluste vom Staat getragen werden sollten. Der neue Sozialisierungsplan verlange also vom Parlament einen Blankoscheck, der von den Steuerzahlern gedeckt werden solle.

Ein anderer liberaler Abgeordneter, Rees, wies auf die Erfahrungen der Kriegszeit hin. Von 1915 bis 1921 sei die Nationalisierung in Kraft gewesen. Die Folge davon sei gewesen, daß die englische Kohlenerzeugung in diesem Zeitraum von 253 Millionen Tonnen auf 229 Millionen gefallen wäre, während die Zahl der Arbeiter sich von 950 000 auf 1 250 000 erhöht habe. Die einzige Folge dieser sozialistischen Forderung könne nur darin bestehen, daß der Verbraucher die Kosten zu tragen hätte.

Die Debatte verlief sehr erregt, und besonders Lloyd George wurde während seiner Rede fortgesetzt durch heftige Zwischenrufe aus den Arbeiterreihen unterbrochen. Der Antrag wurde schließlich mit 264 gegen 168 Stimmen abgelehnt.

*

London, 16. 5. (T. U.) Heute nachmittag hat Ramsay Mac Donald gelegentlich der Eröffnung des parlamentarischen Arbeiterklubs eine große politische Rede gehalten, die sich mit der innerpolitischen Lage und den Verhältnissen der Opposition beschäftigte. Mac Donald machte sich über die Politik der Opposition lustig. Er sagte, daß ihr Verhalten sowohl in Sachen der Mietsgesetzgebung wie in Bezug auf die M'Kenna-Zölle lediglich Wasser auf die Mühle der Arbeiterpartei treibe. Wenn man angesichts eines Schutzzolles, der allenfalls 200 000 Arbeiter betreffe, von 1 Million Arbeitslosen spräche, so wäre das gelinde gesagt, eine Uebertreibung.

Danziger Landwirtschaftliche Ausstellung.

Eröffnung durch Senatspräsident Sahm.

lz. **Danzig**, 16. 5. (Eigenbericht.)

Die Freistadt Danzig steht im Zeichen der großen landwirtschaftlichen Ausstellung, die in den Tagen vom 16. bis 19. Mai in Danzigs Villenvorort Langfuhr abgehalten wird. Unter Verwendung des Geländes und der Räumlichkeiten der ehemaligen Leibhusarenkaserne wurde eine Ausstellungsvorstadt größeren Ranges hergestellt. Bereichert wird die vielseitige Ausstellung durch eine wissenschaftliche Abteilung, die alle Gebiete der Landwirtschaft umfaßt. Es fehlt auch nicht an einer Geweih- und Fischereiausstellung.

Danzig zeigte sich im Gewande der alten deutschen Reichsfarben schwarz-weiß-rot sowie der Farben der Freistadt. Zu dem Eröffnungsakt waren u. a. erschienen der Danziger Senatspräsident Sahm, der deutsche Generalkonsul Dr. v. Dirksen und Vertreter Polens.

In seiner einleitenden Begrüßungsansprache wies Gutsbesitzer D. Ciehn-Lieschau, der Senator für Landwirtschaft in der Freistadt Danzig, darauf hin, daß die letzte landwirtschaftliche Ausstellung vor 20 Jahren stattgefunden hat, veranstaltet von der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft. Er zeichnete die Bedeutung der jetzigen Ausstellung in kurzen Worten. Sodann erklärte Senatspräsident Sahm nach einer Ansprache die Ausstellung für eröffnet und gab seiner Freude Ausdruck, mitteilen zu können, daß der Senat der Freien Stadt Danzig gewillt sei, an der technischen Hochschule Danzig-Langfuhr vom nächsten Wintersemester ab einen landwirtschaftlichen Kursus einzurichten. Es werde damit ein lang gehegter Wunsch der Danziger Landwirte erfüllt, zumal die Kurse dazu beitragen können, die Fäden des nachbarlichen Verkehrs mit der Landwirtschaft des deutschen Reiches und Polens zu spinnen. Danzig dürfte damit zu einem wirtschaftlichen und kulturellen Zentralpunkt des Ostens werden.

Nach der Eröffnungsrede des Senatspräsidenten folgten reiterliche Vorführungen, die den Ausstellungsbesuchern Gelegenheit gaben, das ausgeglichene Pferdezuchtmaterial der drei Danziger Pferdezuchtrichtungen werten zu können. Es zeigte sich hierbei, daß die auf deutscher Kulturbasis fußende Landwirtschaft im Danziger Freistaat sich fest auf die neuen Verhältnisse eingestellt und die respektabelsten Leistungen aufzuweisen hat. An den kommenden Ausstellungstagen soll das Prämienpferdezucht- und Herdbuchviehmaterial dem Publikum vorgeführt werden.

Der Wechsel in der deutschen Diplomatie.

W. T. B. meldet:

Zum Gesandten in Guatemala ist der Wirkliche Legationsrat und Dirigent der Personalabteilung des Auswärtigen Amts, v. Kuhlmann, ernannt worden.

Nach dem Kriege hat sich v. Kuhlmann vor allem an der Neueinrichtung und Umformung des auswärtigen Dienstes beteiligt und in dieser Tätigkeit mehrfach Inspektionsreisen ins Ausland gemacht. 1922 und 1923 während der Sommermonate war er Geschäftsträger in Lissabon. v. Kuhlmann ist der erste deutsche Gesandte, der nach dem Kriege nach Guatemala geht. Zurzeit wird die Gesandtschaft in Guatemala von dem Geschäftsträger v. Tattenbach verwaltet.

*

Der zum Gesandten in der Türkei ernannte bisherige Gesandte in Stockholm Rudolf Nadolny ist am 12. Juli 1873 geboren. Nach bestandener juristischer Staatsprüfung wurde er am 6. April 1902 in das Auswärtige Amt einberufen und am 28. Juni 1903 der Botschaft in Petersburg zugeteilt. Am 23. Dezember 1907 wurde er im Auswärtigen Amt zum Legationsrat und am 25. Mai 1914 zum Wirklichen Legationsrat ernannt. Nachdem er im Jahre 1913 bereits an den Konsulaten in Sarajewo und Albanien tätig gewesen war, wurde ihm im Juli 1916 die Verwaltung der Gesandtschaft in Persien übertragen. Am 30. Juni 1918 wurde er zum Geh. Legationsrat ernannt, 1919 war er Leiter der politischen Abteilung beim Reichspräsidenten. Am 17. Januar 1920 wurde er zum Geschäftsträger in Stockholm und am 5. Mai 1920 zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Stockholm befördert.

*

Der neuernannte Gesandte in Stockholm Frederic v. Rosenberg ist am 26. Dezember 1874 geboren. Nach bestandener großer Staatsprüfung wurde er am 17. April 1903 in das Auswärtige Amt einberufen und am 21. Februar 1905 nach Antwerpen entsandt. Am 30. Oktober 1907 wurde er als ständiger Hilfsarbeiter ins Auswärtige Amt einberufen, wo er 1912 zum Wirklichen Legationsrat und Vortragenden Rat und 1916 zum Geh. Legationsrat ernannt wurde. Am 8. Dezember 1917 wurde ihm Titel und Rang eines außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers verliehen. Nach längerer Tätigkeit in der Gesandtschaft Bern wurde er am 19. Januar 1920 zum Geschäftsträger in Wien und am 30. Mai 1920 zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Wien ernannt. In gleicher Eigenschaft leitete er vom 24. Dezember 1921 ab die Gesandtschaft in Kopenhagen, bis er am 22. November 1922 zum Reichsminister des Auswärtigen ernannt wurde. Am 13. August 1923 ist er mit dem Kabinett Cuno von seinem Posten zurückgetreten.

Bombenattentat in Peking.

Peking, 16. 5. (W. T. B.) Ein unbekannter Bote ließ gestern abend im Hause des Außenministers Wellington Koo eine Schachtel zurück mit dem Bemerken, sie enthalte Gegenstände für Koos persönlichen Gebrauch. Den Absender zu nennen, weigerte er sich. Koo ordnete heute mittag an, die Schachtel zu öffnen, während er selbst in seinem Studierzimmer verblieb. Als die Diener den Deckel abnahmen, explodierte eine in der Schachtel befindliche Bombe und verwundete drei Diener, deren Zustand bedenklich ist.

Benesch in Rom.

Zwei Unterredungen mit Mussolini.

fr. **Mailand**, 16. 5. (Eigenbericht.)

Außenminister Benesch hat heute mit Mussolini zwei Unterredungen in Rom gehabt. Vor Journalisten gab er eine Erklärung ab, in der er den kommenden italienisch-tschechischen Freundschaftsvertrag dahin präzisierte, daß er eine Art Parallelvertrag zum französischen Vertrag sei, aber insofern anders, als der Vertrag mit Frankreich gemeinsame Interessen (!) in bezug auf Deutschland habe, während der Vertrag mit Italien sich nicht auf Deutschland bezöge. Er hoffe seinerseits, daß Jugoslawien mit Frankreich einen ähnlichen Vertrag wie mit der Tschechoslowakei abschließen werde, aber er mische sich nicht in diese Dinge ein.

Italienische Petroleumkonzessionen.

Mailand, 16. 5. (Eigenbericht.)

Der italienische Wirtschaftsminister hat mit der amerikanischen Sinclair-Gesellschaft einen Vertrag abgeschlossen, der dieser Gesellschaft Petroleumkonzessionen auf Sizilien und in der Emilia überträgt. Der Vertrag wurde vom Ministerrat am 1. Mai genehmigt. Die wichtigsten Punkte sind folgende:

Die Konzession beschränkt sich auf Sizilien und die Emilia, doch sind noch weitere 40 000 Hektar ausgenommen, die der Staat zur Verfügung behält, um ihre Erschließung rein italienischen Gesellschaften zu überlassen. Die Konzessionsdauer beträgt 50 Jahre. In den ersten zehn Jahren ist die Sinclair verpflichtet, zur Erschließung 104 Millionen Lire bereitzustellen, und zwar in den ersten drei Jahren 5 Millionen für erste geologische Untersuchungen, in den nächsten drei Jahren 24 Millionen für Probebohrungen, in den letzten drei Jahren 75 Millionen. Nach Ablauf dieser zehn Jahre wird die industrielle Ausbeute in einem Umfang beginnen, der 75 000 Hektar nicht übersteigen darf. Die Gesellschaft ist verpflichtet, nach den ersten drei Jahren eine italienische Gesellschaft mit 40 Millionen Kapital zu gründen, von denen 40 % in Namensaktien an Italiener abgegeben werden müssen. Der Verwaltungsrat besteht aus zwölf Mitgliedern, davon sechs von der Sinclair-Gruppe, vier Italienern und zwei Vertretern der italienischen Regierung. Die Gesellschaft darf zollfrei Bohrmaterial einführen, soweit dies die italienische Industrie nicht zu liefern in der Lage ist. In den ersten zehn Jahren ist die Gesellschaft von der Vermögenssteuer befreit. Der Staat nimmt an dem Gewinn teil, und zwar mit wenigstens 7,5 % bei einer Dividende von über 7 % und mit einem Maximum von 40 % bei einer Dividende von 45 % und mehr.

In dem Bericht wird entgegen anders lautenden Behauptungen erklärt, daß die Gesellschaft Sinclair nicht zu den großen Trusts gehört, und daß die Banca commerciale an dem Zustandekommen des Vertrages nicht beteiligt sei. Das waren Behauptungen gewesen, die von faszistischer Seite als Anschuldigung gegen die Regierung erhoben waren. Ferner wird gesagt, die italienischen Bohrungen hätten bisher so gut wie gar keine Ergebnisse gehabt. Im letzten Jahre sind 540 000 Tonnen Mineralöl in Italien eingeführt worden, und die eigene Förderung ergab nur 6000 Tonnen. Dabei hat der Staat schon seit zehn Jahren die heimische Industrie bei ihren Bohrversuchen durch Bereitstellung von sehr reichlichen Geldmitteln hinreichend unterstützt.

Nach dem Kriege hat Italien für ungefähr 40 Millionen Lire Bohrmaterial aus Deutschland, zum großen Teil auf Reparationskonto, zum kleinen auf eigene Rechnung, eingeführt und stellt es der italienischen Industrie kostenlos zur Verfügung. Sieben Sonden sind gegenwärtig aufgestellt, davon sechs mit einer erheblichen Tiefe. Da nun die italienische Industrie zurzeit weder technisch noch finanziell in der Lage ist, ein für Italiens wirtschaftliche und strategische Lage außerordentlich wichtiges Unternehmen mit Aussicht auf Erfolg durchzuführen, so hat die italienische Regierung den Vertrag mit Sinclair abgeschlossen, der alle Garantien enthalten soll, um das Land vor Ueberfremdung zu schützen.

Der französische Abgeordnete Mandel, der bei den Wahlen am vorigen Sonntag unterlegen ist, dementiert die Meldung, daß er eine Reise nach Japan beabsichtige.

Amerikanischer Funkdienst.

New York, Devisen- u. Geldmarkt.

	16. 5	15. 5.		16. 5.	15. 5
Tägl. Geld	3½ %	3½ %	Amsterd.	37,38	37,38
Berlin	23¾ G, 23¼ B	23¾ G, 23¼ B	Zürich	—,—	17,71
höchster	keine Umsätze	keine Umsätze	Kopenh.	16,89	16,90
niedrigst.	"	"	Prag	2,95	2,95
London			Rom	—,—	4,44
Kabel fr.	4,3662	4,3662	Madrid	—,—	13,86
Lond. 60T.	4,3362	4,3362	Silber,		
Paris	5,79	5,82	ausl.	65⅛	65⅛
Brüssel	—,—	4,88			

New York, Produktenmarkt.

	16. 5	15. 5.		16. 5	15. 5.
Kaffee loco	14 11/16	14⅛	Eisen	21,00	21,00
" Mai	12,94	13,13	Weissblech	5,50	5,50
" Juli	12,47	12,65	Schmalz	11,47½	11,47½
" Sept.	11,72	11,87	Talg	7⅞	7⅞
" Dezbr	11,32	11,54	Bw. Saatöl l.	9,62	9,60
" März	11,07	11,30	" Juli	9,71	9,67
Baumwolle l.	31,50	32,05	Petroleum Cas.	16,90	16,90
" Mai	31,17	31,70	" Tanks	6,50	6,50
" Juli	28,90	29,38	" Stand wh	13,50	13,50
" Aug.	27,16	27,35	" Cred. bal.	4,25	4,25
" Sept.	25,85	26,25	Zucker Juli	4,01	4,12
Zufuhr	13 000	11 000	" Sept.	4 08	4,20
Kupfer elekt.	12½	13	Terpentin	91 00	92,00
Blei	7,17	7,42	" Sav.	85,50	85½
Zink	5,82	5,87	Baumw. N Orl.	31,20	31,75

	16. 5.	15. 5		16. 5.	15. 5.
Weizen, rot	121½	120⅞	Mehl, Sp.	5,10-5,50	5,10-5,50
Hartw.	121½	121	Getrfr. Engl.	2 sh 9 d	2 sh 9 d
Mais	88	87¼	Kontinent	14 cts.	14 cts.

Chicago, Produktenmarkt.

	16. 5.	15. 5		16. 5.	15. 5.
Weizen Mai	104⅛	104¼	Schmalz, Juli	10.65	10.65
" Juli	106⅞	106⅛	Rippen, Mai	9,87½	9,82½
Mais Mai	76	75⅞	Speck	10,12½	10,12½
" Juli	76⅛	75⅛	Leichte Schwein. niedr.	7,05	7,05
Hafer Juli	44	43⅛	Leichte Schwein. höchst	7,60	7,55
" Sept.	39⅞	39⅞	Schwere Schwein. niedr.	7,45	7,40
Roggen Juli	67	66⅞	Schwere Schwein. höchst	7,65	7,60
" Sept.	68⅛	68⅛	Zufuhr Chicago	21 000	20 000
Schmalz Mai	10,47½	10,47½	Zufuhr Westen	105 000	98 000

Bündniskrankheit.

Der tschechische Außenminister Benesch ist wieder einmal nach Rom gereist. Ein Dutzend von Zusammenkünften der Lenker der Ententestaaten steht in den nächsten Wochen bevor. Die Begegnung zwischen dem französischen und englischen Ministerpräsidenten mußte infolge des überraschenden Wahlergebnisses in Frankreich verschoben werden. Aber Theunis und Hymans sollen wenige Stunden nach Benesch in Italien eintreffen. Am heutigen Sonnabend wird Mussolini schon mit ihnen in Mailand verhandeln. Für Benesch hat er daher zunächst recht wenig Zeit gehabt. Man braucht nicht boshaft zu sein, um hierin mehr als blinden Zufall während einer Hochkonjunktur der Ministerreisen zu sehen. Die politische Umbildung in Deutschland und Frankreich hindert die politische Betriebsamkeit vor allem im Osten und Südosten keineswegs. Man wird sogar als Konsequenz der Unsicherheit bei den Großmächten hier noch mit einer weiteren Belebung rechnen müssen. Aus Frankreich kommen schon Stimmen, die Poincaré zu retten versuchen, indem sie auf die Schwierigkeiten verweisen, denen die neugegründeten Mittelstaaten infolge seines Rücktrittes ausgesetzt sein würden. Der diplomatische Kleinkrieg wirkt auf die großen Probleme zurück.

Benesch traf auf der Durchreise nach Rom mit dem südslawischen Außenminister zusammen. Wie nun schon gebräuchlich, wurde in der amtlichen Mitteilung über die Begegnung wieder einmal die „Identität der Interessen und vollkommene Uebereinstimmung in den politischen Fragen festgestellt. Der Anschluß der Tschechoslowakei an den südslawisch-italienischen Vertrag hat im Mittelpunkt der Besprechungen gestanden. Der während der Belgrader Konferenz bekanntgegebene Adriaausgleich hatte in Paris bekanntlich sehr verstimmt. Die damalige Absicht Beneschs, den Beitritt mindestens Südslawiens, aber womöglich auch Rumäniens zum französisch-tschechischen Bündnis zu erreichen, war gescheitert. Südslawien glich sich mit Italien aus. Rumänien wünschte Bürgschaften gegen Rußland, die man nicht gewähren konnte. Inzwischen haben sich Prag und Paris von diesem Schlage einigermaßen erholt. Der Commis Voyageur Benesch wird daher nach Italien geschickt, um festzustellen, ob Mussolini nicht geneigt wäre, dem Abkommen über Fiume die gegen Frankreich gerichtete Spitze abzubrechen. Vorher war der südslawische Außenminister über die Forderungen zu sondieren, die für den Preis eines engeren Anschlusses an Frankreich gestellt würden. Die beiden slawischen Minister werden sich zugleich darüber ausgesprochen haben, ob und in welcher Form auf die italienische Politik ein Druck nach dieser Richtung ausgeübt werden könnte. (Schuldenfrage.) Im Hintergrund Beneschs bizarrer Plan, einen Kontinentalblock zu schaffen, der Frankreich, Polen, die Kleine Entente, Ungarn und Italien umfassen soll.

Es ist nicht ganz leicht, ernst zu bleiben, wenn von diesem phantastischen Kontinentalblock gesprochen wird. Die Kleine Entente besitzt einen gewissen Zusammenhalt gegenüber Ungarn, weil alle drei beteiligten Staaten auf Ungarns Kosten territoriale Erwerbungen gemacht haben. Aber in jeder anderen Frage laufen ihre Interessen auseinander. Das hat sich eben auch auf der Belgrader Konferenz klar gezeigt. Weder gegenüber Rußland, das Rumänien bedroht, Südslawien und die Tschechoslowakei aber früher oder später wieder protegieren will, noch gegenüber Deutschland ist ein Komplex politischer Fragen gegeben, der auch nur eine lose Zusammenarbeit gestattete. Die Tschechoslowakei fürchtet den großen Nachbar und tut in dieser Situation das Verkehrteste, was sich denken läßt, indem sie die Millionen Deutscher in ihrem Staatsverbande barbarisch bedrückt und sich zum Düpe der französischen Politik macht. Mit Südslawien und Rumänien könnte Deutschland in ein gutes Verhältnis kommen, wenn diese Staaten u. a. in der Reparationsfrage und in der Frage der Behandlung ihrer deutschen Minderheiten andere Wege einschlagen würden. Untereinander jedoch stehen sie keineswegs auf sehr freundschaftlichem Fuße. Die gegenseitigen Beschuldigungen bei der Uebergabe Hatzfelds an Rumänien sind dafür ein sprechendes Beispiel. Außerdem befolgen die Serben gegenüber den Makedorumänen ungefähr die gleiche Politik, die Rumänien in der Minderheitenfrage selbst anwendet. Die nämliche Bedrohung seiner Volksgenossen in fremdem Staatsverbande aber findet es natürlich unerhört. Je weiter überdies die Konsolidierung Ungarns fortschreitet, dessen „Sanierung" ja jetzt im Gange ist, desto größer werden auch die Maschen des Netzes, mit dem Benesch und Take Jonescu das zertrümmerte Land umspannt hatten. Und dann das Verhältnis Polens und der Tschechei: die Sympathien, die in Warschau für Ungarn gehegt werden; die grundverschiedene Einstellung zu Rußland und die offene Förderung der ukrainischen Irredenta durch Prag. Wenn Herr Benesch schließlich glaubt, die historisch bedingte Rivalität zwischen Italien und Frankreich im Mittelmeer und im nahen Orient durch ein fein säuberlich paragraphiertes Abkommen aus der Welt schaffen zu können, so ist er um diesen Optimismus zu beneiden. Nimmt er auch an, daß Mussolini auf Aspirationen im Donaubecken und auf dem eigentlichen Balkan verzichten wird?

Je größer die Anzahl der offenen und geheimen Verträge, die teils dem Völkerbund notifiziert werden, teils in den Archiven der Kabinette schlummern, desto geringer wird ihr Wert. Ein typisches Beispiel dafür bieten die Gerüchte über eine französisch-rumänische Allianz. Wenn Rußland bei einer kommenden politischen Konjunktur, die abzuwarten es klug genug sein wird, Rumänien angreift, und von Südosten her den Versuch unternimmt, die europäische Frage aufzurollen, möchten wir gern wissen, welche Unterstützung die rumänische Armee bei Frankreich finden würde. Die unentwegt geführten Bündnisverhandlungen endigen freilich zum mindesten mit einem größeren oder kleineren Kredit, der von dem Geldgeber dazu benützt wird, der eigenen Rüstungsindustrie enorme Verdienste zu sichern und der Wirtschaft des Empfängers der Anleihe Handschellen anzulegen. Dabei sind diese Verträge — auch dies eine Eigenart der neuen Diplomatie — in den allermeisten